

# RS Vfgh 2017/9/21 G206/2017

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 21.09.2017

## Index

22/03 Außerstreitverfahren

## Norm

B-VG Art140 Abs1 Z1 litd

AußStrG §127

## Leitsatz

Zurückweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung einer Bestimmung des AußStrG über den Rekurs im Bestellungsverfahren betr einen Verfahrenssachwalter; kein zulässiges Rechtsmittel erhoben

## Rechtssatz

Zurückweisung des Antrags auf Aufhebung einer Wortfolge in §127 AußStrG.

§127 AußStrG idFBGBI I 92/2016 schränkt den Kreis der rekursberechtigten Personen ein; die Einschreiterin im verfassungsgerichtlichen Verfahren gehört nicht zu diesem Personenkreis. Der Rekurs der Einschreiterin gegen den Beschluss des Bezirksgerichtes Döbling vom 26.07.2017 ist sohin unzulässig, weswegen sich der Antrag gemäß Art140 Abs1 Z1 litd B-VG als unzulässig erweist.

Der VfGH sieht sich aus Anlass dieses Antrages nicht veranlasst, ein amtswegiges Verfahren zur Prüfung des §127 AußStrG idF BGBl I 92/2006 einzuleiten. Nach der Rechtsprechung des VfGH gibt es grundsätzlich keine verfassungsrechtliche Verpflichtung, einen Instanzenzug gegen eine Entscheidung eines Gerichtes vorzusehen (vgl. VfGH 15.03.2017, G219/2016 ua). Darüber hinaus liegt es im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers, den Rekurs gegen eine gerichtliche Sachwalterbestellung nur jenen nächsten Angehörigen einzuräumen, die gemäß §284e Abs2 ABGB im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis eingetragen sind.

## Entscheidungstexte

- G206/2017  
Entscheidungstext VfGH Beschluss 21.09.2017 G206/2017

## Schlagworte

VfGH / Parteiantrag, Zivilprozess, Rechtsmittel, Sachwalterbestellung

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2017:G206.2017

## Zuletzt aktualisiert am

23.11.2017

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)